6. Verbindliche Richtlinien – keine Smartphones an Volksschulen

Postulat Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Markus Bopp (SVP, Otelfingen), Roger Cadonau (EDU, Wetzikon) vom 17. November 2025
KR-Nr. 367/2025, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Bevor wir zu Traktandum 6 kommen, begrüsse ich ganz herzlich auf der Tribüne das Schülerparlament der Sekundarschule Rebhügel in Zürich. Sie haben sich vermutlich eine der interessantesten Debatten ausgesucht: Es geht um das Postulat «Verbindliche Richtlinien – keine Smartphones an Volksschulen». Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Allerdings hat David Garcia Nuñez an der Sitzung vom 27. April 2026 Antrag auf Nichtüberweisung gestellt, deshalb werden wir heute darüber abstimmen.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): 30 Prozent mehr Depressionen, mehr Schlafmangel, mehr Übergewicht: Das richtet ein Smartphone bei Zehn- bis Dreizehnjährigen an, nachgewiesen an über 10'000 Kindern. Wir diskutieren hier, ob wir das Gerät wenigstens aus dem Schulzimmer nehmen dürfen. Smartphones begleiten die Kinder permanent, im Unterricht, in den Pausen und oft bis spät in die Nacht. Lehrpersonen und Eltern erleben die Folgen täglich: Ablenkung, sozialer Druck, Mobbing-Chats, zunehmende psychische Belastung. Nehmen Sie Snapchat: Wer nicht jeden Tag ein Bild zurückschickt, verliert seinen Streak und fällt aus der Gruppe. Das ist keine Kommunikation, das ist eine Tretmühle, bewusst eingebaut.
Die Wissenschaft hat inzwischen nachgeliefert, was diese Eltern und Lehrpersonen längst beobachten. Die Zahlen, die ich eingangs genannt habe, stammen aus einer amerikanischen Langzeitstudie von Anfang dieses Jahres: über 10'000 Kinder, über Jahre begleitet, und je jünger das Kind, desto grösser der Schaden. Der Freiburger Neurowissenschaftler Gregor Hasler nennt diese Studie spektakulär, weil sie erstmals Ursache und Wirkung zeigt und nicht bloss einen Zusammenhang. Seine Folgerung: Smartphones gehören aus den Schulen verbannt. Der Zürcher Hirnforscher Lutz Jäncke hat es im Juni im Tages-Anzeiger so gesagt: «Ich bin ein liberal denkender Mensch, ausser bei der Schule.» Die Schule sei ein Kraftraum, dort trainiere man und sonst nichts. Deshalb Jäncke wörtlich: «die Handys komplett verbieten». Hinzu kommt: Bereits die blosse Anwesenheit des Geräts schwächt die Konzentration messbar.
Mit einer solchen Regelung wären wir nicht die Ersten, im Gegenteil. Die Waadt hat die Handys bereits 2018 aus den Schulen verbannt, Nidwalden und der Aargau haben letztes Jahr nachgezogen, das Wallis ebenso, Basel-Stadt in diesem Sommer, Freiburg hat es beschlossen. Und weltweit halten heute fast sechs von zehn Ländern ihre Schulen handyfrei, und es werden jeden Monat mehr. Der

Aargau hat nach einem halben Jahr Bilanz gezogen, die Bildungsdirektorin *(Regierungsrätin Martina Bircher)* sagt: «durchwegs positiv», «keine einzige negative Rückmeldung». Und kein einziger dieser Kantone hat die Regelung wieder zurückgenommen.
Der Kanton Zürich hat nichts davon, keine Regel, keine Linie, jede Schule kämpft für sich allein. Meine Frau ist Kantonsschullehrerin. Sie berichtet mir von genau den Phänomenen, die diese Studie beschreibt: Schüler, die nicht mehr eine Lektion lang konzentriert bei der Sache bleiben, Bildschirme unter dem Tisch, Konflikte aus Klassenchats, die in den Unterricht hineingetragen werden, Lehrpersonen, die einen wachsenden Teil ihrer Energie darauf verwenden, sich um das Managen der Geräte zu kümmern. Die Schulen haben darauf reagieren müssen: mit bewegten Pausen, damit sich die Jugendlichen überhaupt noch bewegen, mit Lesezeiten, damit sie überhaupt noch Bücher in die Hand nehmen. Und das ist ein Gymnasium, eine Schule, deren ureigener Auftrag das vertiefte Lesen und Denken ist. Und wir reden hier von jungen Erwachsenen. Wenn die Problematik dort schon so spürbar ist, was bedeutet das dann erst auf der Volksschulstufe, wo die Kinder zehn, zwölf, vierzehn Jahre alt sind und ihre Selbstregulation noch im Aufbau ist? Wir haben als Familie entschieden, unseren vier Kindern kein Smartphone zu geben. Meine älteste Tochter ist 14 und besucht heute das Gymnasium und sie ist dort die Einzige, die kein Smartphone hat. Aber wissen Sie, was: Sie kommt bestens zurecht. Und wenn ein einzelnes Kind ohne Smartphone bestens durch den Schulalltag kommt, dann kommt eine ganze Klasse ohne Smartphones erst recht durch. Viele Eltern wollen ihren Kindern eigentlich noch kein Smartphone geben. Sie tun es trotzdem, weil sie befürchten, ihr Kind bleibe sonst aussen vor. Das ist Gruppenzwang auf Elternebene, und genau diesen Gruppenzwang können wir mit einer klaren kantonalen Regelung durchbrechen.
An Bildschirmzeit fehlt es den Kindern wahrscheinlich nicht. Sie haben das digitale Gerät in der Schule – das Arbeitsgerät –, sie haben den Fernseher, sie haben eine Playstation. Was sie nicht auch noch brauchen, ist das Handy in der Hosentasche, den ganzen Schultag, jeden Tag. Und noch ein Punkt, den gerade die linke Ratsseite – die hat ja die Diskussion verlangt – eigentlich hören müsste: Es sind die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler, die am stärksten von einem smartphonefreien Schulalltag profitieren würden.
Man wird uns Bevormundung vorwerfen. Schüler dürfen im Unterricht auch nicht rauchen, nicht essen, nicht Musik hören – niemand spricht dort von Bevormundung. Aber beim Smartphone soll das plötzlich ein Eingriff in die Grundrechte sein. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, den Eltern zu Hause die Erziehung abzunehmen. Aber in der Schule tragen wir die Verantwortung für das Lernumfeld. Es geht hier nicht um Ideologie, es geht um unsere Kinder. Die Schule hat einen klaren Auftrag: lesen, schreiben, rechnen, denken lernen. Dafür braucht es eine einheitliche kantonale Regelung, und dafür braucht es nicht einmal eine Gesetzesrevision. Der Regierungsrat kann das in eigener Kompetenz regeln, er war bereit dazu. Ich bitte Sie, unterstützen Sie dieses Postulat.

David Garcia Nuñez (AL, Zürich): Die Debatte über die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung unseres Lebens und über die Folgen sozialer Medien auf unsere Gesundheit hat enorme symbolpolitische Sprengkraft. Landauf, landab wird in Familien, in der Öffentlichkeit und nun auch hier im Kantonsrat um eine Antwort auf die moderne Gretchenfrage gerungen: «Nun sag, wie hast du's mit dem Handyverbot?» Besonders emotional und oft paternalistisch werden diese Diskussionen, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Hier treffen die Sorgen von Eltern, Lehr- und Fachpersonen über die Auswirkungen digitaler Medien auf das Gefühl der Ohnmacht, welches die normative Kraft der Plattformen bei uns allen hinterlässt.
In der Alternativen Linken nehmen wir diese Bedenken, wie auch die Postulanten, selbstverständlich ernst. Im Gegensatz zu ihnen sind wir aber der Meinung, dass sich diese komplexe Diskussion über unseren Umgang mit den modernen Interaktions- und Kommunikationstechnologien nicht mit der simplen Beantwortung dieser Frage lösen lässt. Die AL will deshalb der Bevölkerung keine falschen Tatsachen vorspiegeln, indem wir digitale Abstinenz als puritanische Lösung für ein allzu irdisches Problem anpreisen. Wir brauchen Lösungen, die den Kern des Problems angehen und die negativen Folgen des Konsums sozialer und asozialer Medien evidenzbasiert und wirksam reduzieren. Wir brauchen nicht handyabstinente, sondern digital kompetente Bürgerinnen und Bürger. Und last but not least: Wir brauchen Lösungsansätze, welche die Grundrechte respektieren, auch jene von Kindern und Jugendlichen. Denn auch sie haben ein Recht auf Information, Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe. In der heutigen Welt findet ein Teil des sozialen, kulturellen und Spiellebens in der digitalen Welt statt. Wer Minderjährige tatsächlich schützen will, darf sie nicht von diesen Realitäten ausschliessen.
Und diese Rechte sind übrigens nicht einfach eine woke Meinung, sie werden durch die UNO-Kinderrechtskonvention gestützt. Ein pauschales Handyverbot wirft deshalb, wie wir das gerade jetzt in Frankreich erlebt haben *(der dortige Verfassungsrat erklärte ein geplantes Social-Media-Verbot für unter 15-Jährige für verfassungswidrig)*, erhebliche rechtsstaatliche Zweifel auf. Ein derartiger tiefer und unverhältnismässiger staatlicher Einschnitt in die Privatsphäre des Individuums ist ein mehr als heikles juristisches Abenteuer, auf das sich der Kantonsrat und der Regierungsrat nicht einlassen sollten.
Für die AL steht fest: Kinder und Jugendliche werden durch Befähigung geschützt und nicht durch Verbote. Und dafür braucht es auch gar kein kantonales Gesetz. Bereits heute ist die Handyverwendung an vielen Schulen während des Unterrichts und teilweise auch während der Pausen verboten. Lehrpersonen können dabei auf die konkrete Situation vor Ort reagieren und eigene Regeln festlegen. Der Wunsch nach einer kantonalen Vereinheitlichung schliesst nicht eine erkennbare Lücke, sondern übersteuert ein in der Praxis funktionierendes System. Kinder und Jugendliche brauchen keine Verbote, sondern die Möglichkeit, zu lernen, wie soziale Medien funktionieren. Sie müssen verstehen, wie Algo-

rithmen Aufmerksamkeit steuern und sich auf ihre Psyche auswirken, wie Desinformation verbreitet wird und weshalb manche Digitalgeschäftsmodelle profitabel sind. Das sind grundlegende Kulturtechniken, über die alle mündigen Bürgerinnen und Bürger im 21. Jahrhundert verfügen sollten. Und diese Kompetenzen lassen sich nicht vermitteln, wenn wir die Kinder und Jugendlichen während neun Schuljahren von der digitalen Welt aussperren. Das ist realitätsfremd, und die jungen Semester werden uns schnell zeigen, wie effizient und sicher sich diese staatlichen Zensurversuche umschiffen lassen. Ferner ist die Botschaft, die der Kantonsrat mit einem Handyverbot aussenden würde, mehr als widersprüchlich. Man kann den Kindern und Jugendlichen nicht über Jahre hinweg sagen, dass Handys, Tablets und Laptops des Teufels seien, und sie dann darum bitten, dass sie am Tag X ihr eigenes Device in die Schule mitbringen, weil der Staat ihnen dann doch etwas über Digitalität beibringen möchte – ohne jedoch für die entsprechende Struktur zu zahlen.
Kurz: Wir brauchen mehr und nicht weniger Medienkompetenzunterricht. Wir brauchen aber auch die entsprechenden Ressourcen für diese Lehrinhalte, welche, Hand aufs Herz, an vielen Orten Mangelware sind. Wer unsere Kinder und Jugendlichen vor den digitalen Herausforderungen wirklich besser schützen will, macht das mit einer konsistenten und genügenden Schulfinanzierung. Und wenn wir schon über das Geld reden, dann darf nicht unterschlagen werden, dass die eigentliche Ursache dieses Problems nicht die Endgeräte sind. Das Hauptproblem stellen die Geschäftsmodelle der digitalen Plattformbetreiberinnen und Plattformbetreiber dar. Handys, Tablets und Laptops sind zunächst einmal neutrale Werkzeuge. Der Konflikt entsteht dort, wo die Politik zulässt, dass Plattformen gezielt Abhängigkeiten erzeugen, um aus den menschlichen Bedürfnissen nach Information und Kommunikation riesige Kapitalmengen herauszuschlagen. Wenn wir Kinder und Jugendliche wirklich wirksam schützen wollen, müssen wir jene Massnahmen ergreifen, die sich auch anderswo als erfolgreich erwiesen haben, sprich: digitale Verbote für Kinder und Jugendliche, eine hohe Besteuerung der angebotenen Dienstleistungen, Transparenz bei den jeweiligen Algorithmen und eine konsequente Strafverfolgung problematischer Geschäftspraktiken. Hierfür müssten aber manche Parteien in diesem Parlament ihre bisherige servile Haltung den digitalen Grosskonzernen gegenüber ändern und für eine griffige Regulierung kämpfen. Der dafür zu bezahlende Preis wäre dementsprechend auch mehr als symbolisch. Ebenfalls einen hohen Preis für das Handyverbot werden insbesondere … *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*
Also folgen Sie uns und lehnen Sie das Postulat ab.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Der Regierungsrat ist mit den Postulanten einig, dass die Einschränkung des Gebrauchs von Mobiltelefonen an den Schulen für den ungestörten Schulbetrieb wichtig ist und einer übermässigen Nutzung des Mobiltelefons durch Kinder und Jugendliche entgegenwirken kann. Entsprechend erachte ich es als sinnvoll, in einem Bericht darzulegen, welche Regelungen für

den Gebrauch von Mobiltelefonen bereits heute bestehen und ob diese durch Vorgaben auf kantonaler Ebene sinnvoll ergänzt werden können. Ich erlaube mir aber doch noch eine Bemerkung, auch zuhanden des Erstunterzeichners: Er hat ja aufgezeigt, wie er das Problem persönlich gelöst hat, nämlich durch elterliche Wahrnehmung der Verantwortung. Und da sind wir bei einem wichtigen Punkt: Die Eltern sind in dieser Frage in die Verantwortung zu nehmen. Aus diesen Gründen ist der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir sind dann gespannt auf Ihre Reaktionen.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Worum geht es eigentlich? Mein Kollege Tobias Weidmann hat es super erklärt. Ich durfte an einer Diskussion an einer Sekundarschule bei uns im Dorf teilnehmen, und dort ging es um Folgendes: Am Eingang des Schulhausplatzes gibt es eine grüne Linie, und darauf steht: «Handyfreie Zone». Nein, eben nicht, sondern darauf steht: «Suchtmittelfreie Zone». Also, die Frage ist: Brauchen wir Alkohol an den Schulen? Nein, brauchen wir nicht. Brauchen wir Nikotin? Brauchen wir nicht. Brauchen wir Messer an den Schulen? Nein, brauchen wir nicht. Und mit dem Handy ist es eben die gleiche Diskussion. Ich glaube, wir alle wären uns einig zu sagen: Das Handy hat Suchtpotenzial. Es macht uns Erwachsene, aber auch die Jugendlichen süchtig, und wir brauchen diese Geräte nicht während des Unterrichts. Herr Nuñez, es geht ja gar nicht darum, dass man die Menschen, die Jugendlichen, ganz vom Handy wegbringen möchte. Es geht darum: Die Schülerinnen und Schüler bringen es um acht Uhr mit, geben es dann ab für die Zeit bis zwölf Uhr, und sie geniessen es, einfach vier Stunden lang nicht das Surren in der Tasche zu haben. Es geht darum: Die Schülerinnen und Schüler sind sonst im Unterricht, es surrt und summt in der Tasche, und man ist abgelenkt. Sie kennen das alle auch, wenn Sie das Handy im Hosensack haben – dann surrt es, und die Hand geht dorthin. So ist es, und das wollen wir als Gesellschaft, also mindestens wir als SVP, nicht.
Die Schülerinnen und Schüler lieben es, wenn sie eben nicht abgelenkt sind. Die Umfragen an all den Schulen der Kantone, in denen eine solche Regelung schon eingeführt worden ist, sind klar, die Schülerinnen und Schüler sagen: «Es ist okay, vielleicht vermissen wir das Handy ein bisschen, aber eigentlich ist es cool.» In den Pausen sind dort alle ohne Handy. Man spielt wieder Fussball und Tischtennis und redet miteinander. Es geht ja nur darum.
Eigentlich möchte ich, dass das Handy zu Hause bleibt. Aber ich weiss, das ist nicht mehr realistisch. Man muss es mitnehmen, damit man um zwölf Uhr telefonieren oder das Zugbillett kaufen kann, et cetera. Das Mitnahmeverbot wird nicht mehr gehen. Aber was die Nutzung in den Klassen und auf dem Pausenplatz angeht, das ist eigentlich logisch, niemand braucht ein Handy auf dem Pausenplatz. Toll ist auch noch, dass sich unsere Bildungsdirektorin mindestens privat ja auch für ein Handyverbot aussprechen würde. Als Regierungsrätin hat sie eine andere Meinung, aber mindestens privat hat sie sich so vernehmen lassen: «Ich wäre für ein Handyverbot.» *(Der Votant zeigt eine Zeitungsseite mit einem Interview mit*

Regierungsrätin Silvia Steiner.) Es tut mir leid, ich habe das halt irgendwo aufgeschnappt und ich sage es jetzt hier. Also, das zeigt ja vor allem auch, dass die Diskussion überhaupt nicht entlang der Parteilinien verläuft. In jeder Partei gibt es Personen, die dafür wären, und solche, die dagegen wären, und das ist eigentlich noch ganz interessant. Das ist jetzt hier mal nicht direkt so ein klassisches Links-rechts-Thema, sondern es geht eigentlich durch alle Parteien hindurch.
Was ich noch ergänzen möchte, ist: In der Praxis, Herr Nuñez, funktioniert es eben nicht. Ich habe an der Diskussion teilgenommen. Die Schüler sagen: «Bei Herrn Meier dürfen wir es in der Tasche lassen, bei Herrn Huber müssen wir es abgehen, bei Frau Müller müssen wir es so und so machen.» Es ist für die Schulen ein riesiger Stress, diese individuellen Lösungen durchzusetzen. Die Schulleitung muss das diskutieren, man muss die Lehrer informieren, die machen es dann nur halbwegs, die Schüler wissen nicht genau, was gilt und was nicht. Es wäre viel einfacher, wenn wir ein flächendeckendes Verbot oder eine flächendeckende Regelung hätten, dann müssten sich die Schulleiter darüber keine Gedanken mehr machen. Es wäre klar, und man könnte sich wieder auf den normalen Bildungsauftrag fokussieren. Das wäre eine Unterstützung für die Schulen, denn die Schulen möchten ja auch nicht unbedingt Handyverbote aussprechen, denn das klingt ja unsexy, und so weiter. Wenn es der Kanton machen würde, wäre das deshalb hilfreich.
Und jetzt noch der letzte Punkt: Es ist gar kein Handyverbot, es ist einfach eine handyfreie Schule. Buchs im Kanton Zürich setzt das um. Die Lehrer haben dort eine Haltung, alle stehen dahinter, es ist null Problem, eine handyfreie Schule von acht bis zwölf und von ein bis fünf Uhr. Und da sind wir klar dafür, und all die akademischen Gedanken, die dahinterstecken, die wische ich jetzt mal ein bisschen beiseite. Die Umfragen zeigen: 80 Prozent der Eltern hätten gerne so eine flächendeckende handyfreie Schule, weil man die Nase bis oben gestrichen voll hat von diesen Themen. Besten Dank. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Gerne beginne ich das SP-Votum so: Regelungen zu Smartphones und Co. braucht es. Auf welcher Ebene diese am meisten Erfolg bringen, wird bei uns in der Fraktion unterschiedlich ausgelegt. Wichtig deshalb: Meine Redezeit wird nicht ausreichen, und ich werde mich ein zweites Mal melden.
Der Vorstoss behandelt ein Thema, das uns alle seit längerer Zeit beschäftigt. Gewünscht werden möglichst griffige und einfache Lösungen, mit denen unser Umgang mit Smartphones verbessert werden kann. Schulen sind pädagogische Einrichtungen, welche auch immer Ansprüche aus der Gesamtgesellschaft zugewiesen bekommen. Der Umgang mit digitalen Medien ist eine zentrale bildungspolitische Herausforderung unserer Zeit. Das Postulat fordert klare Richtlinien, konkret: ein Verbot privater Smartphones, Tablets und Notebooks an allen Schulen vom Kindergarten bis zur 9. Klasse. Die Regeln sollen die Unterrichtszeit, die Pausen, das gesamte Schulareal sowie die Tages- und Betreuungsstrukturen der Schulen und Gemeinden umfassen, mit einigen Ausnahmen.

Uns stellen sich mehrere Fragen: Ist eine solche Regelung machbar, und löst das Verbot die Probleme, die wir im Umgang mit den digitalen Medien haben? Klar, ein Problem besteht. Für die Unterstützung des Postulats spricht, dass mit dem Bericht des Regierungsrates zu diesem Postulat mehr Klarheit darüber geschaffen wird, wie sich die Situation an den Schulen darstellt und wie sich diese verbessern kann. Im Internet findet man zum Umgang mit digitalen Medien an Schulen unzählige Leitfäden und Hilfestellungen. Die Thematik des Umgangs mit dem Handy wird zurzeit auch medial breit ausgelegt. Viele Erziehungsberechtigte sind wegen des Handykonsums ihrer Kinder, ihrer Jugendlichen besorgt und fordern zusätzliche Massnahmen seitens der Schule.
Wichtig ist uns zudem, dass eine klare Abgrenzung von diesem Vorstoss zu weiteren Themen wie der Altersbegrenzung für die Nutzung von Social Media und so weiter gemacht wird. Auch auf nationaler Ebene ist die SP sehr aktiv, Stichwort «Plattformregulierung». Für uns im Kanton Zürich stellt sich im Zusammenhang mit diesem Vorstoss jedoch folgende Ausgangslage: In den Schweizer Kantonen wird die Handhabung unterschiedlich geregelt. Einige haben sich für ein generelles Handyverbot an Schulen ausgesprochen, so die Kantone Aargau, Genf, Nidwalden, Waadt, Wallis und Jura., andere überlassen es den Schulen, den Umgang mit dem Handy zu regeln.
Was meinen die Lehrpersonen dazu? Meine Interessenbindung an dieser Stelle: Ich bin Primarlehrerin und arbeite seit diesem Schuljahr als Deutsch-als-Zweitsprache-Lehrperson auf der Kindergartenstufe in Horgen. Das Positionspapier des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz vom November 2025 zeigt Folgendes auf: Eine gewisse Autonomie wird begrüsst, da an einer Primarschule andere Bedürfnisse vorhanden sind als in der Oberstufe. Die Frage ist, ob eine starre Grenze notwendig ist oder nicht. Es braucht eine differenzierte Vorgehensweise. Ohne ein generelles Verbot kann die Nutzung elektronischer Geräte wie Smartphones, Smartwatches und Tablets der Stufe entsprechend angepasst werden. Auch Pro Juventute fordert differenzierte Regeln, um die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Die Schulen sollen gemäss Pro Juventute weiterhin die Möglichkeit haben, eigenständig bedarfsgerechte Lösungen zu erarbeiten, um einen verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Geräten im Unterricht zu schaffen. Dabei wird empfohlen, die Kinder und Jugendlichen in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. An den meisten Schulen oder Institutionen ist der Handygebrauch bereits seit einigen Jahren mehr oder weniger strikt geregelt. Sinnvollerweise werden ja auch Geräte von der Schule abgegeben statt dieses Bring-your-own-Device-Konzepts. Vorstösse unsererseits haben dazu leider bis jetzt keine Mehrheit gefunden. Schulen können die Handhabung nämlich bereits heute im Rahmen ihrer jeweiligen Schulordnung oder Disziplinarverordnung regeln. Partizipativ erarbeitete Regeln sind meist zielführender als strikte Verbote. Bei Gemeinden mit mehreren Schulen ist es sicher sinnvoll, wenn alle Schulen die gleichen Regelungen haben.
Nicht zu unterschätzen ist zudem die wichtige Vorbildfunktion von Lehrpersonen und Erziehungsberechtigten. Elternbildung ist ein immens wichtiger Bestandteil,

um einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu fördern. Einen zusätzlichen Nutzen bringt der Ausbau im Bereich der Prävention im Umgang mit digitalen Medien. Das Medienverhalten der Kinder soll bereits im Vorschulalter mit präventiver Arbeit zum Thema werden. Ein Ziel von uns allen ist ganz bestimmt, dass Schülerinnen und Schüler einen verantwortungsvollen und reflektierten Umgang mit Smartphones erlangen. Schulen sollen eine Kultur etablieren, die Lernen und soziale Interaktion in den Mittelpunkt stellt und digitale Technologien nur als unterstützende Werkzeuge betrachtet. Smartphones können eine wertvolle Ressource im Unterricht sein, wenn sie gezielt und sinnvoll eingesetzt werden. Digitale Technologien können als Hilfsmittel zur Erweiterung der pädagogischen Methoden genutzt werden, zum Beispiel für individualisiertes Lernen, bei Übungen zum Erlernen von Wörtern in Fremdsprachen oder … *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Dieses Postulat wünscht ein Handyverbot an den Schulen bis zum 9. Schuljahr, also bis zur 3. Sekundarschulklasse. Die FDP-Fraktion möchte kein generelles Verbot, da das Postulat viel zu eng gefasst ist und viele Fragen offenlässt. Wieso soll das Handy zum Beispiel in den Pausen und vor allem in Tagesschulen über Mittag nicht benutzt werden dürfen? Ist das Gymnasium auch mitgemeint, oder dürfen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ein Handy haben und Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler nicht? Dies ist uns bei diesem Vorstoss nicht klar. Und als FDP glauben wir an die Eigenverantwortung der Eltern. Sie haben die Möglichkeit, ihre Kinder beim Handygebrauch einzuschränken. Ebenfalls ist es möglich, dass eine Schule selber entscheidet, dass sie das Handy einschränken will. Das ist die föderale Auffassung, die wir in der Schweiz haben, und die kann man auch hier gebrauchen. Das sind die Gründe, weshalb die FDP-Fraktion das Postulat ablehnt. Persönlich würde mich interessieren, was der Schülerrat des Schulhauses Rebhügel von diesem Vorstoss hält.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Zunächst einmal möchte ich festhalten: Das Anliegen greift durchaus ein reales Problem auf. Die Nutzung von Smartphones, Smartwatches oder Tablets kann den Unterricht beeinträchtigen, zu Ablenkungen führen und Konflikte in den digitalen Raum verlagern. Gerade bei jüngeren Schülerinnen und Schülern sind klare Regeln und ein bewusster Umgang mit digitalen Geräten wichtig. Viele Schulen haben deshalb bereits entsprechende Vorgaben erlassen, oft auch in Zusammenarbeit mit Eltern sowie Schülerinnen und Schülern.
Genau deshalb stellt sich die Frage, ob es zusätzlich eine kantonale einheitliche Verbotsregelung braucht. Aus Sicht der GLP ist dies nicht überzeugend dargelegt. Die Schulen vor Ort kennen ihre Herausforderungen am besten, sie verfügen bereits heute über die Möglichkeit, die Nutzung privater Geräte einzuschränken oder zu untersagen. Entsprechend unterschiedlich fallen die Lösungen aus, und dies aus guten Gründen. Die Bedürfnisse eines Kindergartens unterscheiden sich von jenen einer Sekundarschule erheblich, aber auch von Schule zu Schule sind die

Herausforderungen verschieden. Das Postulat hingegen verlangt ein umfassendes Verbot für sämtliche Volksschulen, für den Unterricht, die Pausen, das gesamte Schulareal sowie die Betreuungsangebote. Ein derart weitreichender Eingriff erscheint uns weder notwendig noch verhältnismässig.
Hinzu kommt, dass der kompetente Umgang mit digitalen Medien heute zum Bildungsauftrag der Volksschule gehört. Kinder und Jugendliche bewegen sich in einer digitalen Welt. Die Schule muss sie befähigen, mit digitalen Medien verantwortungsvoll, kritisch und reflektiert umzugehen. Digitale Kompetenz entsteht nicht durch Verbote, sondern durch Begleitung, Aufklärung und das Einüben eines verantwortungsvollen Umgangs. Es ist naiv, zu glauben, dass sich Herausforderungen wie Cybermobbing oder digitaler Gruppendruck auf die Schulzeit beschränken. Ein Smartphoneverbot auf dem Schulareal greift deshalb sowieso zu kurz. Entscheidend ist, dass die Schule ihren Bildungs- und Präventionsauftrag wahrnimmt und Kinder und Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt.
Die GLP anerkennt die Problematik und unterstützt klare Regeln dort, wo sie notwendig sind. Wir sind jedoch nicht überzeugt, dass eine kantonale Einheitslösung der richtige Weg ist. Wir setzen auf Verantwortung vor Ort statt auf ein umfassendes Verbot des Kantons. Wir werden das Postulat nicht unterstützen.

Sabine Arnold (Grüne, Zürich): Ich vertrete die Position von denjenigen meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen, die das Postulat ablehnen; wir haben Stimmfreigabe beschlossen.
Dieses Verbot ist unnötig. Denn kennen Sie eine Schule, in der die Kinder die Smartphones im Unterricht für private Zwecke benutzen dürfen? Ich nicht. An den Primarschulen, die ich kenne, gilt bereits ein striktes Verbot von Smartphones auf dem ganzen Schulareal – und zum Beispiel auch eines für die Smartwatches, die Sie in Ihrem Vorstoss vergessen haben. Sonst telefonieren nämlich schon Kindergärtler ihrem Mami und sagen, es solle sie endlich aus dem Hort abholen. An den Oberstufenschulen, die mir bekannt sind, werden die Handys bei Unterrichtsbeginn eingesammelt, ausser es gibt mal einen Rechercheauftrag. Haben Sie, Tobias Weidmann, Markus Bopp und Roger Cadonau, wirklich das Gefühl, sie müssten den Lehrpersonen beibringen, dass sich die Kinder im Unterricht ohne Smartphones besser konzentrieren können? Ich denke, das wissen die bereits. Ihr Postulat dient reiner Symbolpolitik. Deshalb lehnen ich und ein Teil meiner Fraktion es ab.
Ich habe meine Meinung während meiner Arbeit an der Suchtfachstelle Zürich gebildet, ich bin dort für die Kommunikation zuständig und lese auch Fachliteratur. Und die fällt eben nicht so eindeutig aus, wie Sie das dargestellt haben, Tobias Weidmann. Ein generelles Verbot von legalen Substanzen und Verhaltensweisen, Prohibition also, hat selten etwas gebracht, das wissen wir vom Alkohol. Die Kinder und Jugendlichen kommen nicht auf weniger Bildschirmzeit, wenn sie während des Schulalltags ihre Smartphones nicht benutzen dürfen, sie hängen dafür in der Freizeit wieder mehr an ihren Geräten. Die Klassenchats gehen eben im Privaten

weiter. Viel mehr wird bewirkt, wenn die Schulen die Regeln dazu, wie bei ihnen private digitale Geräte genutzt werden dürfen, zusammen mit den Kindern, mit den Jugendlichen erarbeiten. Denn das stärkt gleichzeitig die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen. Sie lernen, was eine konstruktive Nutzung ist und was reine Berieselung. Sie sollen sich fragen: Was tut mir gut? Wo beginnt das stupide Doomscrolling, mit dem ich nicht mehr aufhören kann? Wo beginnt Sucht? Denn dass zum Beispiel Social-Media-Apps wie TikTok oder Instagram so programmiert sind, dass wir fast nicht mehr davon loskommen, ist eine Tatsache. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir unseren Kindern Medien- und Konsumkompetenz beibringen, und das ist auch Aufgabe von uns Eltern.
Ihr symbolischer Vorstoss delegiert hingegen diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe, für die eigentlich die Familien zuständig wären, an die Schule. Zugegeben, es ist extrem mühsam, tagtäglich mit dem Nachwuchs über Bildschirmzeiten zu streiten oder mit ihm über eine sinnvolle Nutzung digitaler Inhalte zu verhandeln, aber es ist wichtig. Als Eltern dürfen wir das nicht einfach auf die Schule abwälzen. Mediennutzungskompetenz beginnt auch bei uns selbst. Seien wir bessere Vorbilder – wir hängen ja selber stets am Smartphone. Aber eben, auch das ist mühsam, deshalb klingt ein generelles Verbot so verlockend.
Ich fasse zusammen, weshalb dieses Postulat unnötig ist: Erstens sollten wir als Kanton die Schulen nicht bevormunden. Zweitens ist das reine Symbolpolitik à la SVP und löst das Problem der Smartphone- oder Mediensucht ganz und gar nicht. Und drittens sollten wir diese Aufgabe nicht einfach an die Schulen delegieren. Ein Teil meiner Fraktion und ich bitten Sie, dieses unnötige Postulat abzulehnen.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte wird dieses Postulat überweisen, aber ich möchte gleich zu Beginn festhalten: Wir überweisen dieses Postulat als einen Prüfauftrag.
Das Thema beschäftigt heute praktisch alle Schulen. Smartphones gehören zum Alltag unserer Kinder und Jugendlichen und stellen die Schulen vor neue Herausforderungen. Es geht um Ablenkung, um Konzentration, um den Umgang miteinander, um soziale Medien, um Cybermobbing und auch um die Frage, wie viel digitale Präsenz im Schulalltag sinnvoll ist. Deshalb finden wir es richtig und wichtig, dass der Regierungsrat eine Auslegeordnung macht. Wir wollen wissen, wo die Probleme tatsächlich liegen, welche Lösungen sich bewährt haben und welche Rolle der Kanton dabei übernehmen kann. Heute bestehen unterschiedliche Regelungen an den Schulen, ein kantonaler Blick auf das Thema kann deshalb sinnvoll sein. Der Regierungsrat soll aufzeigen, welche Empfehlungen oder Richtlinien den Schulen helfen können, einen guten und möglichst einheitlichen Umgang mit privaten Smartphones und anderen Geräten zu finden. Die Herausforderung unterscheidet sich aber je nach Alter, Schulstufe, örtlichen Gegebenheiten und sozialer Durchmischung. Wir brauchen klare, praxistaugliche Leitplanken, die den Schulen Orientierung geben und gleichzeitig genügend Spielraum für die konkrete Situation vor Ort lassen.

Ein Punkt ist uns dabei besonders wichtig: Die Eltern müssen Teil der Lösung sein. Die Schule kann den Umgang mit Smartphones nicht allein regeln. Was während des Unterrichts gilt, ist das eine. Was zu Hause, auf dem Schulweg oder in den sozialen Medien passiert, ist das andere. Wenn wir einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien erreichen wollen, müssen Schule und Eltern am selben Strick ziehen. Der Regierungsrat soll deshalb auch prüfen, wie Eltern besser einbezogen und informiert werden können und welche Unterstützung die Schulen in Zusammenhang mit den Eltern benötigen. Denn es bringt wenig, wenn die Schule klare Regeln aufstellt, zu Hause aber völlig andere Vorstellungen gelten. Wir erhoffen uns eine fundierte Auslegeordnung zu den Fragen: Was funktioniert heute? Wo bestehen Probleme? Welche Massnahmen haben sich bewährt? Wo braucht es Empfehlungen oder Richtlinien? Und wo ist eine kantonale Regelung überhaupt sinnvoll?
Für die Mitte ist klar: Digitale Geräte gehören zur Lebensrealität unserer Kinder. Die Schule darf diese Realität weder ignorieren noch ihr unkritisch hinterherlaufen. Sie muss Kinder und Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Die EVP teilt die Sorge, die hinter diesem Vorstoss steht. Digitale Ablenkung, Konzentrationsprobleme, problematische Social-Media-Nutzung, Gruppendruck und Cybermobbing sind reale Herausforderungen, wir dürfen diese Themen nicht verharmlosen. Kinder und Jugendliche brauchen Schutz, Orientierung und klare Grenzen.
Aber gerade deshalb sind wir nicht überzeugt, dass ein kantonales Pauschalverbot privater Smartphones, Tablets und Notebooks vom Kindergarten bis Ende der dritten Sekundarschulklasse der richtige Weg ist. Smartphones verschwinden nicht aus dem Leben der Kinder und Jugendlichen, nur weil wir sie vom Schulareal verbannen, sie gehören zu ihrer Lebenswelt. Entscheidend ist deshalb nicht, dass Kinder möglichst lange keinen Kontakt mit digitalen Medien haben, sondern dass sie Schritt für Schritt lernen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Wann ist ein Gerät sinnvoll? Wann stört es? Wie gehe ich mit Gruppenchats, Bildern, Datenschutz, Online-Druck und Konflikten um? Wie schütze ich mich selbst und andere? Genau hier hat die Schule eine wichtige Bildungsaufgabe. Medienkompetenz lernt man nicht durch Wegsperren, sondern durch klare Regeln, pädagogische Begleitung, Reflexion und Übung. Die Volksschule soll Kinder und Jugendliche auf ein selbständiges Leben und Lernen vorbereiten. Dazu gehört heute zwingend auch digitale Mündigkeit.
Der Vorstoss ist zudem zu pauschal. Er stellt Kindergartenkinder, Primarschülerinnen und Primarschüler sowie Jugendliche in der dritten Sekundarschulklasse praktisch unter dieselbe Regelung. Pädagogisch ist aber offensichtlich, dass je nach Alter, Schulstufe, Situation und Schulkonzept unterschiedliche Regelungen sinnvoll sind. Was im Kindergarten richtig ist, muss nicht automatisch für eine dritte Sekundarklasse gelten. Und für Jugendliche im Langgymnasium, die teilweise gleich alt sind wie Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule, würde

diese Regelung offenbar nicht gelten. Ein solches Verbot schafft also nicht zwingend mehr Klarheit, sondern auch neue Abgrenzungsfragen.
Die EVP ist nicht gegen Regeln, im Gegenteil, Schulen brauchen klare, verbindliche und durchsetzbare Regeln im Umgang mit privaten Geräten. Viele Schulen haben solche Handyreglemente bereits heute. Wo Handlungsbedarf besteht, soll dieser gezielt angegangen werden. Aber eine starre kantonale Einheitslösung nimmt den Schulen und Gemeinden unnötig Handlungsspielraum. Sie wissen am besten, welche Regelung für ihre Schulstufe, ihr Schulhaus und ihre pädagogische Praxis funktioniert.
Wichtig ist zudem: Wir Erwachsenen dürfen uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Kinder und Jugendliche lernen nicht nur aus Reglementen, sondern vor allem durch Vorbilder. Eltern, Lehrpersonen und auch wir als Gesellschaft müssen uns fragen, welchen Umgang mit digitalen Medien wir selbst vorleben. Wenn wir selber dauernd aufs Handy schauen, aber den Jugendlichen mit Verboten begegnen, ist das wenig glaubwürdig. Ja, es braucht Schutzräume, es braucht klare Grenzen, es braucht Unterstützung für Lehrpersonen und eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern, aber ein kantonales Totalverbot ersetzt keine Erziehung, keine Medienbildung und keine Verantwortung.
Die EVP setzt deshalb auf Medienkompetenz statt auf Symbolpolitik, auf altersgerechte Regeln statt auf Pauschalverbote und auf gemeinsame Verantwortung von Schule, Elternhaus und Gesellschaft. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Roger Cadonau (EDU, Wetzikon): Wir diskutieren heute, warum ein kantonales einheitliches Handyverbot an Volksschulen sinnvoll ist. Es geht dabei nicht um Ideologie, sondern um pädagogische, organisatorische und entwicklungspsychologische Fakten, die in Fachkreisen breit anerkannt sind. Private Smartphones sind eine der grössten Ablenkungsquellen im Schulalltag. Benachrichtigungen, soziale Medien und Spiele stören die Konzentration, selbst wenn das Gerät nur im Rucksack liegt. Ein Verbot während des gesamten Aufenthalts an der Schule schafft endlich klare Verhältnisse. Es bringt zurück, was unsere Schule braucht: Ruhe, Fokus und echte Pausen.
Erstens, Konzentration: Smartphones stören die Aufmerksamkeit. Ein Verbot nimmt die Ablenkung aus dem Raum und schafft mehr echte Lernzeit. Zweitens, psychische Entlastung: Gruppenchats, digitale Konflikte und Dauererreichbarkeit belasten Kinder. Schulen mit Verbot berichten von deutlich weniger Stress und weniger Cybermobbing. Drittens, soziale Interaktion: Ohne Handys spielen Kinder wieder miteinander, bewegen sich mehr und lösen Konflikte direkt. Statussymbole verschwinden, die Gemeinschaft wird gestärkt. Viertens, die Schutzfunktion: Kinder können digitale Risiken kaum einschätzen. Ein Verbot reduziert Datenschutzprobleme, peinliche Veröffentlichungen und andere Gefahren spürbar. Fünftens, klare Regeln: Ein einheitliches Verbot entlastet Lehrpersonen und Schulleitungen. Digitale Geräte bleiben im Unterricht möglich, aber gezielt, kontrolliert und pädagogisch begründet. Sechstens: Nicht alle Familien können teure

Smartphones finanzieren, ein Verbot vermindert die Ausgrenzung und stärkt die Gleichbehandlung. Und siebtens: Eine einheitliche kantonale Lösung ist wichtig. Andere Kantone wie der Aargau und Nidwalden und diverse Schulen haben gute Erfahrungen gemacht. Eine klare Regelung schafft Rechtssicherheit und erleichtert Kindern den Wechsel zwischen Gemeinden. Ein Handyverbot ist kein technikfeindlicher Schritt, es ist eine pädagogische Massnahme für ein besseres Lernumfeld, mehr Schutz und mehr Chancengleichheit. Digitale Kompetenzen sollen weiterhin vermittelt werden, aber in einem Rahmen, der Kinder stärkt statt überfordert. Danke für die Unterstützung und die Überweisung des Postulats.

David Garcia Nuñez (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Herr Bopp hat gesagt, dass er meine akademischen Argumente ablehnt. Lustigerweise habe ich bisher keine genannt. Sie kommen aber jetzt, damit er das umfänglich und komplett und mit gutem Gewissen machen kann. Wir waren beim Punkt, was für Kosten dieses Verbot verursacht und dass wir uns da auf der symbolischen Ebene bewegen. Aber das gilt nicht insbesondere für Kinder und Jugendliche von nicht privilegierten Familien. Für Heranwachsende aus sozial benachteiligten Verhältnissen, für solche, die einer Minderheit angehören, oder für jene, die mit schwierigen familiären Situationen leben müssen, bietet das eigene Handy die wichtigste Möglichkeit, Freundschaften und Unterstützung ausserhalb des eigenen Sozialmilieus zu finden. Erste Forschungsdaten zeigen, dass Eltern mit vielen Ressourcen die Verbotssituation in Sachen Handys gut managen, indem sie ihre Kinder aufklären und auch zu Hause klare Grenzen setzen können. Belasteten Familien fällt dies allerdings viel schwerer, wodurch sich die bereits bestehenden Chancenungleichheiten im Bildungssystem weiter verfestigen. In diesem Sinne müsste das Postulat auch Restriktionen für die Bevölkerung ab 18 Jahren fordern. Wir wissen aber alle, weshalb das nicht passiert: Der politische Preis eines Handyverbots für Erwachsene wäre aus wahltaktischer Perspektive für die Postulanten nicht bezahlbar.
Schliesslich spricht die wissenschaftliche Evidenz für differenzierte Massnahmen und nicht für pauschale Verbote. Zwar gibt es zunehmend mehr Belege dafür, dass die regelmässige Nutzung von sozialen Medien die Schulleistungen verschlechtern kann, da hat Herr Weidmann recht. Jedoch gibt es auch grosse Studien, die keine klaren Verbesserungen beim Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen feststellen konnten, nur weil Smartphones in der Schule verboten wurden. Expertinnen und Experten fordern deshalb eine Intensivierung der altersgerechten und pädagogisch begleiteten Abklärung sowie eine wirksame Regulierung. Isolierte pauschale Verbote führen auch für sie ins formale und ins inhaltliche Nirwana.
Ich fasse die Position der Alternativen Linken zusammen: Die AL anerkennt die sozial relevante Problematik, die das Postulat aufwirft. Unser Umgang mit der Digitalisierungswelle ist zweifellos mehr als optimierungsbedürftig, und zwar in jeder Altersklasse. Für uns ist der Kinder- und Jugendschutz aber zu wichtig, als dass wir diesem Postulat zustimmen könnten. Wer junge Menschen schützen will, muss sie stärken und nicht puritanisch bevormunden. Wer die negativen Folgen

der digitalen Medien reduzieren will, muss nicht nur diese, sondern auch deren Ursachen tapfer bekämpfen, auf jeder Stufe und mit den entsprechenden politischen Konsequenzen. Wer dieses komplexe Problem lösen will, muss dazu bereit sein, komplexe Lösungen zu präsentieren und zu bezahlen, und sich nicht hinter modernen Gretchenfragen verstecken. Symbolpolitik verlangt nach einer einfachen Antwort auf ein komplexes Problem. Sie wirkt wie ein Post auf den sozialen Medien. Sie ist unterhaltsam, lenkt ab, macht süchtig und tut so, als wäre sie günstig zu haben. Wer jedoch politisch auf inhaltsleere Symbole setzt, spielt mit den berechtigten Sorgen der Bevölkerung. Dafür ist die AL nicht zu haben, wir bitten daher die anderen Fraktionen – und insbesondere spreche ich jetzt für die Kolleginnen in der SP und bei den Grünen –, uns bei dieser Ablehnung zu folgen. Vielen Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich gehe nicht auf das realitätsfremde Votum des AL-Sprechers ein. Anna Wanner von CH Media hat kürzlich ein sehr gutes Interview mit einer Autismus-Expertin gemacht, und zwar mit dem Titel «Wir erzeugen eine ganze Generation von lebensuntauglichen Menschen». Aus diesem Interview lässt sich eine klare Begründung für handyfreie Schulen ableiten. Wir reden nicht von Verboten.
Der erste Grund: Konzentration und Aufmerksamkeit leiden. Kurze Videos und permanentes Weiterwischen konditionieren Kinder auf sehr kurze Aufmerksamkeitsspannen. Im Unterricht sollen sie dann 45 Minuten ruhig sitzen. Sodann Reizüberflutung statt Lernen: Die ständige Abfolge digitaler Reize lässt dem Gehirn zu wenig Zeit, Inhalte zu verarbeiten. Hören Sie gut zu, Herr Nuñez, genau das ist das Problem. Soziale Fähigkeiten brauchen reale Bedingungen. Kommunikation, Blickkontakt, Sprache, Mimik und soziale Regeln entstehen im direkten Umgang miteinander.
Die Schule muss einen Gegenpol schaffen. Kinder verbringen ausserhalb der Schule viel Zeit mit digitalen Geräten. Die Schule soll deshalb ein Ort sein, an dem Lernen, Konzentration, Gespräche und persönliche Begegnung ohne Handy geschehen. Medienkonsum kann erhebliche Folgen haben. Bei Jugendlichen mit auffälligem Verhalten aufgrund intensiven Medienkonsums sind teilweise mehrmonatige Medien-Detox-Zeiten nötig. Das kostet. In der Schule sollen Kinder miteinander reden, spielen, lernen und sich auf eine Sache konzentrieren – ohne permanente direkte digitale Ablenkung. Übrigens: An Weihnachten haben wir zu Hause ein Handy-Hotel, sodass man Weihnachten ohne das Handy verbringen kann. Und meine Kinder fragen immer wieder: «Wo kann ich es hineintun?» Und das sind solche Sachen, die an einer Schule auch möglich sein sollten. Danke.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ich spreche für den anderen Teil der Fraktion, den Sabine Arnold bereits erwähnt hat, der eben eher für ein Verbot von Smartgeräten an den Schulen ist.
Ich glaube, wenn ich diese Diskussion hier höre: Wir sind uns grundsätzlich einig, dass viele Jugendliche unter der Belastung, unter dem psychischen Stress und

Druck leiden und dass es viele Faktoren gibt, die dies verstärken. Das mögen globale Krisen sein und so weiter oder eben auch Social-Media-Konsum. Diese Dauer- oder Endlosberieselung durch die Geräte kann jene grundsätzlichen Aspekte immer noch verstärken. Thematiken wie Cybermobbing wurden auch angesprochen, diese bedeuten eine grosse Gefahr. Die Frage ist eigentlich: Welchen Schluss zieht man daraus? Wie werden Kinder und Jugendliche im Umgang mit diesen Geräten geschult, wie lernen sie einen guten Umgang damit? Und wie lernen sie, dass beispielsweise Konflikte nicht über Gruppenchats gelöst werden können? Oder auf welche Art das besser ginge?
Wir wissen, wir haben es gehört, dass die Suchtgefahr sehr gross ist. Gerade Jugendliche und Kinder, deren Hirnleistung eben noch nicht komplett ausgebildet ist, sind eher anfällig für Social-Media-Sucht et cetera. Und diese Geräte verstärken das Suchtverhalten oder die Suchttendenzen. Diesem Umgang müssen wir etwas entgegensetzen. Die Frage ist wiederum: Was ist dann der Schluss, zu welchem Schluss kommen wir? Braucht es zwischendurch – zwischen dieser dauernden Bestätigung, dieser Berieselung, diesem Surren in der Tasche, der Beschäftigung durch die smarten Geräte – eine Pause, und ist diese Pause verordnet? Brauchen unsere Kinder Unterstützung gegenüber diesen Verlockungen, und hilft ihnen dieser tägliche Detox für ein paar Stunden? Hilft da nicht auch die Bewegung, die soziale Interaktion in der Klasse, dieses Reflektieren, das Selbstwahrnehmen in der Pause, das wieder möglich wird, wenn die Geräte verschlossen bleiben? Ich gebe natürlich meinen Vorrednern recht: An den meisten Schulen ist es bereits so. Aber das spricht jetzt auch nicht unbedingt komplett dagegen. Denn diese Geräte oder einzelne Apps davon – es gilt eben auch für die Geräte an sich bereits, nicht nur für Social Media –, auch die In-Game-Shops, die irgendwelche permanenten Aktionen bieten, Games mit persistenten Welten, die süchtig machen, das permanente Piepsen von SMS und so weiter, diese Gruppenchats: Das stresst, und die Pause davon tut uns gut und tut auch den Kindern gut.
Ich bin der Meinung – das ist vielleicht eine persönliche –, dass wohl mehr analoger Austausch hilfreich wäre, sodass eben nicht immer nur der Aussenimpuls kommt, sondern dass wir auf die Impulse von uns selbst hören und sie wahrnehmen und ihnen folgen. Und der Schluss, den ich daraus ziehe – es ist auch ein persönlicher –, lautet, dass unsere Kinder eben wieder mehr Langeweile haben dürfen. Dies aber kann ja eigentlich nur der erste Schritt sein, das wurde auch schon angesprochen. Für den zweiten Schritt sind definitiv wir Eltern in der Pflicht. Wir Eltern brauchen hier vielleicht auch ein bisschen Fortbildung, vielleicht brauchen wir auch Unterstützung. Ich möchte das nicht explizit an die Lehrpersonen richten, aber es könnte helfen, wenn beispielsweise einmal pro Jahr ein Medien-Elternabend stattfinden würde, es einen Fachinput gäbe und die Eltern sich darüber verständigten, was für ein Konsum oder für ein Umgang mit den Geräten auf der aktuellen Stufe sinnvoll ist. Vielleicht könnten sie dann eine Vereinbarung treffen, die sie allenfalls in einem Jahr wieder überprüfen und vielleicht anpassen – mit grösster Wahrscheinlichkeit anpassen.

Ich kann Ihnen aus meiner persönlichen Erfahrung sagen – das mache ich selten, eine persönliche Erfahrung hier im Rat zu teilen, aber hier halte ich es wirklich für sinnvoll: Meine Kinder erleben das, wir führen so eine Elternvereinbarung. Und es hilft, zu wissen, was die anderen Eltern für eine Haltung haben. Es hilft, zu wissen und argumentieren zu können: Nein, ich weiss das, nicht alle Jugendlichen in deiner Klasse haben ein Smartphone mit dreizehn oder mit zwölf oder mit elf. Es hilft, zu wissen und sagen zu können: Nein, nicht alle Jungs spielen Fortnite oder GTA oder weiss ich was – ich kenne nicht alle diese Games. Aber da halt etwas entgegensetzen zu können, das ist eine … *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*
Gut, besten Dank, die Argumente haben Sie gehört.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Verbote sollte man zurückhaltend aussprechen. Was den Gebrauch von Smartphones und von sozialen Medien anbelangt, sind wir aber an einem Punkt angelangt, der nicht mehr gesund ist. Das gilt auch für viele Erwachsene, aber bei Kindern und Jugendlichen stehen wir in der Verantwortung, wenigstens während der Zeit, die sie in der öffentlichen Schule verbringen, eine Sorgfaltspflicht zu übernehmen. Erziehung ist Sache der Eltern, aber in der Schule sind die Eltern nicht dabei. Dort übernimmt die Schule, dort muss die Schule übernehmen, damit der Schulalltag funktionieren kann. In der Schule sollten wir bemüht sein, den jungen Menschen ein Umfeld zu bieten, in dem sie frei von süchtig machenden Geräten lernen, spielen und miteinander sein können. Und das Miteinander ist auch in der Pause wichtiger als das Starren ins Handy. Wir geben Unsummen aus, um in der Volksschule jedes Kind zu fördern und zu einem Schulabschluss zu bringen, aber die Handys machen dann wieder so vieles kaputt. Die ganzen Präventionsarbeiten können gar nicht fruchten, wenn man handkehrum das Handy im Schulhaus zulässt oder sogar die kleineren Versionen am Handgelenk während des Unterrichts toleriert. Bei anderen süchtig machenden Dingen wie Alkohol oder Tabak überlassen wir die Kinder auch nicht einfach sich selbst. Auch das Handy kann Schaden anrichten. Und bei denjenigen Schülern, bei denen diese Gefahr nicht besteht, ist der Verzicht auf das Handy während der Schulzeit vermutlich gar keine grosse Sache. Wir müssen wenigstens in der Schule die störenden Einflüsse verhindern. Denn dort stehen wir in der Verantwortung und auch in der Verpflichtung, ein gutes Lernumfeld zu bieten. Vielen Dank.

Patricia Bernet (SP, Uster): 18 Milliarden Dollar, so viel haben sie beim Technologiekonzern Meta in einem Vergleich mit 29 Bundesstaaten bezahlt. Sie haben es bezahlt, weil sie genau wissen, was sie tun, und sie haben es bezahlt, weil sie schon immer wussten, was sie tun. Und was tun sie? Sie designen süchtig machende Geräte, Apps, Games. Selbst die Chatfunktionen und heute auch Plattformen – Verkaufsplattformen oder anderes – sind süchtig machend konzipiert.
Ohne Alkohol ist die Wahrscheinlichkeit, eine Alkoholerkrankung zu bekommen, deutlich geringer. Social Media et cetera ist eine Verhaltenssucht, wir reden über Suchtverhalten. Und auch da ist es einfacher, nicht süchtig zu werden, wenn man

darauf verzichtet, und zwar so lange wie irgend möglich. Ich bin Primarschulpräsidentin in Uster, und in der Schule wollen wir, dass die Kinder sich konzentrieren können und dass sie lernen können, dass sie wieder lachen, spielen, sich bewegen, sich austauschen, Freundschaften pflegen und für die Gemeinschaft leben. Es gibt zu viele schlechte Erlebnisse auf diesen Plattformen, in den Chats und auch in den Games.
Die schnellste gemessene Zeit eines Cyberkriminologen, bis eine deutliche direkte sexuelle Anmache in einem Game erfolgt ist, sind zwölf Sekunden. Stellen Sie sich vor, das wäre auf einem Pausenplatz passiert: Ein Kind spielt auf dem Pausenplatz, und plötzlich, nach nur zwölf Sekunden, kommt ein Mann und sagt: «Hey, zieh dein T-Shirt hoch, ich mache ein paar Fotos.» Wir würden auf diesen Mann losgehen wie Furien und Berserker, und das zu Recht. Aber das passiert leider nur im realen Leben. Im Internet ist das alles unkontrolliert, und deshalb müssen wir Verantwortung übernehmen. Wir Eltern und Erwachsenen, wir dürfen die Verantwortung nicht an die Kinder und Jugendlichen übergeben. Denn aufgrund ihrer noch nicht abgeschlossenen Hirnentwicklung sind sie nicht in der Lage, die Konsequenzen der süchtig machenden Designs, der süchtig machenden Nutzung, die sie täglich konsumieren, abzuschätzen. Sie können es nicht, und deshalb müssen wir Verantwortung übernehmen.
In der Schule ist es relativ einfach, weil wir die Hoheit darüber haben, was wir erlauben und was nicht. Und das ist eine Unterstützung für die Eltern. Wir brauchen für die Gesellschaft diesen positiven Gruppendruck, dieses klare Signal für die Eltern, dass wir Smartphones als problematisch erachten, dass Smartphones Probleme generieren. Die Befähigung, die schon mehrfach angesprochen worden ist, bedeutet nicht, dass man selbst das Smartphone nutzen muss. Medienkompetenz für Kinder, Jugendliche und Eltern, für uns alle Erwachsenen, ist zwingend notwendig. Aber in der Schule brauchen wir eine Zeit, die handyfrei ist, wo Pause stattfindet und wo die Kinder miteinander spielen. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen schützen, und das ist unsere Verantwortung und ausschliesslich unsere Verantwortung als Erwachsene. Die SP hat Stimmfreigabe beschlossen, bitte stimmen Sie zu.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Patricia Bernet, ich danke dir für diese Worte. Denn da ist jetzt etwas herausgesprungen, worauf ich eigentlich hinweisen wollte, und das ist das Hausrecht. Du hast erwähnt, dass man an der Schule bestimmen könne, wie was zu funktionieren hat. Man muss dies aber einfach umsetzen. Und da besteht leider die grosse Gefahr, dass das zu einem Flickenteppich führt. Aus diesem Grund unterstütze ich diesen Vorstoss, damit dies in allen Schulen gleich behandelt wird. Es bringt auch die Schulen und vor allem die Lehrer nicht in den Diskussionsnotfall, in dem sie den Eltern sagen müssen: «Die Schule will das so.» Nein, so kann man sagen: «Das Gesetz ist so.» Genau gleich wie eben beim Rauchverbot oder beim Alkoholverbot. Aus diesem Grund finde ich es wichtig, dass wir dieses Postulat überweisen. Besten Dank.

Gianna Berger (AL, Zürich): Ich arbeite in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, und bei uns gibt es einen handyfreien Tag pro Woche; nicht weil wir glauben, dass ein Verbot das Problem löst, sondern weil wir den Jugendlichen zeigen wollen, dass es auch ohne geht. Danach liegt der Umgang wieder bei ihnen selbst, und genau das ist entscheidend. Aus der Praxis kann ich sagen: Die Stärkung der Ressourcen der Jugendlichen sollte im Fokus stehen. Dazu gehört zum Beispiel, in der Schule das Erlernen eines Umgangs mit Emotionen zu fördern oder auch die Selbstregulation generell zu stärken und eben die Resilienz aufzubauen. Wir müssen Jugendliche darin unterstützen, ihren eigenen Konsum zu reflektieren, Grenzen zu setzen und die Verantwortung für den Umgang mit den digitalen Medien selber zu übernehmen. Gerade vulnerable Patientinnen und Patienten oder eben Jugendliche sind anfälliger für problematische oder suchtartige Nutzung.
Ein Verbot verändert meiner Erfahrung nach aber diese Anfälligkeiten nicht. Wir sehen auch, dass manche Jugendliche danach in ihrer Freizeit umso mehr das Handy konsumieren. Einige von uns haben deshalb aber durchaus Sympathien für das Anliegen, den Handykonsum an Schulen stärker zu thematisieren, aber eben nicht in dieser Verbotsform. Ein generelles Handyverbot greift für uns zu kurz. Es schafft diese handyfreie Zeit, aber es fördert nicht den verantwortungsvollen Umgang mit dem Handy. Unser Ziel muss sein, dass Jugendliche stärker werden und dass wir ihnen einen selbstbestimmten und gesunden Umgang damit ermöglichen. Vielen Dank.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen) spricht zum zweiten Mal: Mir ist noch ein Gedanke durch den Kopf gegangen, und zwar: Es geht eigentlich gar nicht so ganz direkt um das Handy hier, es geht um etwas anderes, es geht nämlich um die Schule. Etwas ist in unser Leben gekommen, das die Schüler vom Lernen ablenkt, jetzt ist es das Handy. Per Zufall vielleicht, es hätte auch etwas anderes kommen können, aber diese Ablenkung im Unterricht, die wollen wir vermeiden, es geht um das. Gewisse Sprecherinnen und Sprecher haben gesagt, wir könnten nicht die globale Handy-Krise aller Menschen lösen mit diesem Postulat. Natürlich können wir nicht die globale Handy-Krise aller Menschen mit diesem Postulat lösen, das haben wir auch gar nie gesagt, dass wir das wollen. Wir wissen doch um all die anderen Faktoren wie Zuhause und Bildung und Medienkompetenz, das bleibt ja alles. Es geht nur darum, dass die jungen Menschen keine Abschaltkompetenz haben. Die Abschaltkompetenz ist nicht ausgebildet im Hirn. Das Hirn reift von hinten nach vorne, und vorne ist diese Kompetenz, und die ist noch nicht da. Es geht nur um das. Es geht darum, dass dieses Handy nicht in Körpernähe sein sollte. Das sollte es nicht, denn in Körpernähe verursacht es Stress. Und es lenkt die Menschen, die Jugendlichen ab. Darum geht es und um nicht mehr. Das Handy muss einige Meter vom Körper weg sein zwischen acht und zwölf und zwischen ein und fünf Uhr. Das ist das Ziel dieses Postulats und nicht die Lösung aller Probleme, die wir Menschen mit dem Handy haben. Deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie diesem moderaten Vorschlag zu, der schon in vielen Kantonen umgesetzt wird und ebenso in nordischen Ländern, die ja dann als Digitalisierungsturbos

betrachtet wurden, die jetzt aber auch wieder zurück zu Stift und Papier die Kinder erziehen. Wir merken einfach, dass wir diesen Peak überschritten haben, und jetzt muss das Handy während des Lernens weg. Und darum geht es in diesem Postulat und um nichts anderes. Besten Dank.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) spricht zum zweiten Mal: Gerne noch der Rest meines Votums.
Die digitalen Technologien, dies habe ich bereits ausgeführt, können als Hilfsmittel genutzt werden. Nun ist aber immer ein kritisches Hinterfragen der vielen Möglichkeiten bezüglich des Einsatzes sehr wichtig und notwendig. Bei unkontrollierter, frühzeitiger und übermässiger Nutzung sind nämlich klar negative Auswirkungen zu sehen. Belegt werden können diese Aussagen auch mit aktuellen Studien und Ergebnissen, zum Beispiel Abrahamsson *(Sara Abrahamsson)* und Beneito *(Roser Beneito-Montagut)* oder sogar der Metastudie von Hattie *(John Hattie)* oder Beland & Murphy *(Louis-Philippe Beland und Richard Murphy)*. Diese stellen überwiegend positive Effekte von Smartphoneverboten an Schulen fest. Andererseits fand aber Kessel *(Dany Kessel)* zum Beispiel keine signifikanten Auswirkungen auf die Lernleistungen. Zusammenfassend zeichnen also die Studien ein uneinheitliches Bild. Die Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die Auswirkungen von Smartphoneverboten in Schulen komplex sind und dass der Erfolg solcher Massnahmen stark von der Umsetzung und den begleitenden pädagogischen Massnahmen abhängt.
Bezüglich Umsetzung eines allfälligen Verbots haben wir uns in der SP-Fraktion diverse Fragen auch noch zur Handhabung gestellt. Die Umsetzung müsste durch die Lehrpersonen oder weitere Personen der Schulen begleitet und vollzogen werden. Neben diesen Fragen haben wir uns überlegt, ob sich bei einem kantonalen Verbot all jene Schulen auch anpassen müssten, welche bereits heute einen erfolgreichen Umgang mit Smartphones und Co. gefunden haben. Einige Mitglieder der SP-Fraktion wollen das Postulat auch aus diesen Gründen nicht überweisen. Ein anderer Teil der Fraktion wird die Überweisung des Postulats jedoch unterstützen, da es ernsthafte Risiken im Umgang mit der Digitalisierung gibt. Deshalb sind wir als Erwachsene, als Lehrpersonen, als Erziehungsberechtigte, ja als Gesellschaft insgesamt gefordert, klare und verbindliche Richtlinien zu schaffen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine gesunde Entwicklung und auf Schutz. Wie Sie anhand des längeren Votums eben sehen können, hat es sich die SP-Fraktion nicht leicht gemacht mit diesem Vorstoss und hat genau die positiven wie auch die negativen Punkte aufgelistet. Es gibt pädagogische Argumente, rechtliche Aspekte, die für oder gegen ein generelles Verbot sprechen. Wir zeigen mit unseren unterschiedlichen Stimmen, dass das Problem zwar klar besteht, die vorgeschlagene Lösung aber nicht von allen als optimal eingestuft wird. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Zwei Sachen: Erstens, wir hören immer «verboten». Das ist der falsche Weg, verbieten will gar niemand etwas, wir wollen einfach einen störungsfreien Unterricht. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Die

grauen Haare, die sind ja nicht immer ein gutes Zeichen. Aber vor vielen, vielen Jahren – wir haben damals noch in dem wunderschönen alten Rathaus an der Limmat getagt –, da gab es auch mal so einen Störenfried. Aber damals waren wir uns über alle Parteien hinweg einig: Das geht nicht, das unterbricht den Unterricht. Und wissen Sie, wie das kleine Teil geheissen hat? Tamagotchi. Ich weiss, ganz viele Junge unter Ihnen kennen das gar nicht mehr. Das war so ein Spielzeug-Ei, aus China – selbstverständlich, wie immer. Und diese Tamagotchis musste man immer füttern, und sie waren blitzartig ein Unruheherd in der Volksschule des Kantons Zürich. Frau Bildungsdirektorin, Sie kennen das eventuell noch *(Heiterkeit)*, Sie sind ja noch charmant jung, im Gegensatz zu mir. Damals waren wir uns einig, solche Elektrogeräte haben hier nichts zu suchen. Sie können das nachlesen: Wir waren 180, und 180 haben gesagt, «das hat hier nichts zu suchen». Und statt des Tamagotchis zum Füttern und zum «Bibäbele» haben wir jetzt ein Teil mit natürlich etwa dem 500-Fachen an Möglichkeiten, jetzt haben wir das Smartphone. Und das stört jetzt plötzlich viel weniger? Also geben Sie sich doch einen Schubs! Wenn wir vor knapp 20 Jahren diese Tamagotchi-Eier verboten haben, einhellig, dann entzieht es sich wirklich völlig meinem Verständnis, warum wir jetzt bei diesen Smartphones eine Ausnahme machen. Es geht nicht um ein Verbot, einfach um einen Unterricht ohne Störung. Ich habe fertig und ich bitte Sie, dieses Postulat zu überweisen.

Jean-Daniel Strub (SP, Zürich): Ich habe als Vater, als Person, die sich beruflich mit diesen Themen beschäftigt, aber auch als engagierter Teil der Gesellschaft bei dieser Thematik einen Weg gemacht – wie wahrscheinlich viele andere in diesem Saal auch. Und ich gehöre heute zu dem Teil der SP-Fraktion, die diesem Postulat zustimmen wird. Ich glaube, es geraten bei dieser Thematik – wir haben es heute auch gehört – immer wieder Dinge durcheinander, dies etwa bei der Frage: Sprechen wir über die Volksschule oder sprechen wir über das Handyverbot im Generellen, mit dem gewisse Länder, sie wurden heute auch erwähnt, derzeit experimentieren? Und ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir uns vor Augen führen: Es geht hier um die Frage der Volksschule. Ich gebe Markus Bopp recht, wenn er sagt, es gehe tatsächlich um die Frage: Was leistet die Volksschule und welche Rolle spielt sie?
Ich möchte nur diesen Punkt, der für mich bei meiner Entscheidungsfindung und Meinungsbildung sehr wichtig ist, noch einmal erwähnen: Die Volksschule ist in ganz vielen Belangen ein Ort, an dem sie gesellschaftliche Vorbildfunktionen wahrnimmt. Sie ist möglicherweise einer der letzten Orte, die wir noch haben, die sozusagen verbindend über die Gesellschaft hinweg eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Und bei dieser Frage geht es gerade auch ein Stück weit darum, dass die Volksschule Möglichkeiten schafft, Räume schafft, in denen ohne diese permanente Ablenkung, ohne aber auch – und das sind dann die Dinge, die Sie wahrscheinlich weniger gerne hören seitens der Urheberschaft dieses Vorstosses – all die wirtschaftlichen, politischen, ideologischen Interessen, die hinter diesen Technologien stehen, das Lernen stattfinden kann. Es geht keine Sekunde darum, zu

sagen, es solle an den Schulen keine Medienkompetenz unterrichtet werden. Es geht keine Sekunde darum, zu sagen, der Umgang mit solchen Geräten solle für die Volksschule kein Thema mehr sein, überhaupt nicht. Aber eine striktere Regelung, die smartphonefreie Räume an den Schulen vorsieht – die Studienlage wurde ja genannt –, schafft eben auf ganz vielen Ebenen Entlastung. Sie schafft Entlastung für die Kinder und die Jugendlichen in diesen Lehrräumen, sie schafft Klarheit und damit Entlastung für die Lehrpersonen und sie verschafft nicht zuletzt Entlastung für uns als Eltern. Es wurde gesagt von Florian Heer: Es hilft, zu wissen, wie es die anderen machen. Es hilft eben in diesen Diskussionen auch sehr, zu wissen, wie es die Schule macht und wofür die Schule an dieser Stelle steht. Und ich glaube, das ist die zentrale Überlegung: Wofür steht die Schule in dieser Debatte? Sicherlich ist sie nicht gegen das Erlernen des Umgangs mit solchen Geräten, sicherlich nicht gegen Medienkompetenz, aber eben für einen genügend vorsichtigen und reflektierten Umgang.
Ich war jetzt ein bisschen irritiert über das letzte Votum, zu den Tamagotchis, denn ich glaube, es wird der Ernsthaftigkeit dieser Thematik und der gesellschaftlichen Tragweite nicht so ganz gerecht. Ich glaube, dieser Vorstoss wurde zu Recht eingereicht, weil er genau dies ja auch leisten will. Die Tragweite, von der wir im Zusammenhang mit diesen Geräten sprechen, ist wirklich sehr gross, das haben viele Rednerinnen und Redner erwähnt. Mein Anliegen wäre, dass wir dieser Thematik auch dann gerecht werden, wenn es eine Stufe oberhalb von uns stattfindet, wenn es in Bern demnächst darum geht, die Plattformregulierung an die Hand zu nehmen; wenn es eben nicht mehr nur, wie jetzt, darum geht, der Volksschule Regeln aufzuerlegen, die ich, wie gesagt, in diesem Fall unterstütze, sondern darum, für die Anbietenden, die hier mit den Emotionen, mit der Hirnleistung, mit der Selbstregulierung unserer Kinder, Jugendlichen, aber auch von uns Erwachsenen experimentieren – wissentlich experimentieren, Patricia Bernet hat es gesagt –, Regeln erlassen, die dann aber möglicherweise auch wirtschaftlich, politisch, ideologisch einschränkende Konsequenzen haben. Ich glaube, daran misst sich auch die Ernsthaftigkeit unseres Umgangs mit dieser Thematik. Und in diesem Sinne sind wir sehr gespannt, zu sehen, wie Ihre Seite sich dann zu dieser Frage in Bern verhält. Besten Dank.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) spricht zum zweiten Mal: Vielen Dank. Ich danke der SP und den Grünen und der Mitte für die differenzierten Voten. Enttäuscht bin ich aber wirklich von den Liberalen, von der FDP, der GLP, und insbesondere auch von der EVP. Ich glaube, Sie verkennen hier wirklich die Problematik. Die Liberalen bekommen halt eine Schockstarre, wenn sie «Verbot» hören. Aber es geht eben nicht um ein Verbot. Es geht um einen handyfreien Ort für die Kinder, damit Kinder in der Schule Kinder sein können. Glauben Sie mir, die Kinder sind doch den ganzen Tag irgendwo mit den sozialen Medien konfrontiert, mit dem Handy, mit dem Fernseher. Irgendwo sind sie immer dabei, ob nun zu Hause die Eltern am Handy sind, ob die Kollegen am Handy sind, ob sie sehr viel Fernsehkonsum haben. Das können wir gar nicht regulieren, das wollen wir auch

nicht regulieren, das ist die Aufgabe der Eltern. Nicht alle handhaben das so wie ich – oder ich würde sagen, wahrscheinlich fast niemand –, der ich den Kindern gar kein Smartphone gebe, weil ich möchte, dass sie ihre Talente, ihre Zeit so investieren können, wie ich es erlebt habe; dass sie nicht die ganze Zeit diesen Druck vom Handy haben, Nachrichten kontrollieren müssen, sondern dass sie noch Zeit haben, ein Hobby zu entwickeln. Darum geht es mir.
Aber ich erwarte das nicht von anderen Eltern. Zu Hause können sie machen, was sie wollen. Zu Hause können Sie, geschätzter AL-Kantonsrat, mit den Kindern noch so viel Medienkompetenz üben. Auch meine Tochter, die kein Smartphone hat und 14 Jahre alt ist, hat ein Schul-iPad, sie hat einen Laptop. Ja, sie bekommt Medienkompetenz, es ist meine Verantwortung, die nehme ich wahr. Aber ein Smartphone? Den Sinn sehe ich nicht, warum ich hier noch einen Fernseher und Internet und alles in den Hosensack stecken muss.
Sehr geschätzte Frau Gianna Berger, genau das, was Sie beschrieben haben, hat mir sehr gut gefallen. Darum geht es, diesen Freiraum zu schaffen. Sie machen einen Tag, und ich möchte einfach in der Schule einen kleinen Freiraum schaffen, damit Kinder dorthin gehen können ohne den Druck vom Handy. Aber sie haben trotzdem noch ein iPad, je nachdem, wie die Schule entscheidet: Da gibt es dann wieder verschiedene wissenschaftliche Studien, die sagen, analoges Lernen sei besser als digitales. Auf diese Debatte möchte ich gar nicht eingehen.
Die FDP hat das Votum wirklich verfehlt. Es geht nicht um ein generelles digitales Verbot, sondern es geht um das private Handy, das zu Hause zu bleiben hat, damit Kinder an einen Ort gehen können, an dem sie von diesem Druck befreit sind. Sie sehen nachher wieder acht Stunden lang ihre Eltern und Geschwister am Handy. Aber zu Hause, das ist Eigenverantwortung, da schwatzen wir nicht rein. Die Schule hingegen ist öffentlich finanziert. Es ist unsere Verantwortung, dass wir dort die Regeln durchgeben. Es ist im Militär nicht anders. Oder gehen Sie ins Militär und sagen: «Hier bringe ich mal noch meine Privatkleidung mit»? Nein, Schule ist öffentlich finanziert, es gelten unsere Regeln. Die Wissenschaft ist mittlerweile weiter, man weiss, dass es Einfluss hat, vor allem auf die Schwächeren. Die Studie, die Sie ansprechen, macht einen generellen Durchschnitt. Daher sollte man sich vielleicht auch wieder ein bisschen updaten. Es wird wahrscheinlich sehr, sehr knapp, wahrscheinlich eine verpasste Chance für den Kanton Zürich. Der Kanton Zürich wird auf längere Sicht eine Ausnahme bleiben, wenn wir das nicht anpacken. Andere Kantone haben es schon vollzogen, gehen voran – wir werden wahrscheinlich, wenn wir es heute verpassen, die Letzten sein.

Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf): Ich möchte das Votum meines Kollegen René Isler unterstützen. Das Handy ist zum ständigen Begleiter geworden, und genau darin liegt das Problem. Ich möchte keine Tamagotchi-Debatte eröffnen, aber ich möchte doch noch Herrn Isler bezüglich der Replik, die vorhin an ihn ging, unterstützen. Während das Tamagotchi in den Neunzigerjahren ein kurzer, spielerischer Zeitfresser war, ist das Smartphone heute ein hochoptimiertes Aufmerksamkeitsmagnet: Social Media, Chats, Games, Push-Mechanismen, endlose

Reize. Ein schulisches Handyverbot ist deshalb kein nostalgischer Reflex, sondern eine klare Priorisierung: Lernfokus vor Dauerablenkung. Schulen müssen Räume schaffen, in denen Konzentration, soziale Interaktion, echte Präsenz möglich bleiben. Das Tamagotchi verlangte gelegentlich Aufmerksamkeit – das Smartphone fordert sie permanent. Die pädagogische Konsequenz ist eindeutig: Wer das Lernen schützen will, begrenzt digitale Störquellen. Ein Handyverbot ist damit kein Verbot der Technologie, sondern ein Schutz des Lernens und der Entwicklung junger Menschen. Besten Dank.

Abstimmung
Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 82 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 367/2025 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.